

Die Dokumentation rot-grünen Versagens bei Wachstum und Beschäftigung

Wirtschaftspolitischer Vergleich der vier größten Bundesländer

März 2002

Bayern

Baden-Württemberg

Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen



Rot-Grün versagt auf breiter Front – 2001 bisheriger trauriger Tiefpunkt bei Wachstum und Beschäftigung



Hartmut Schauerte MdB

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenige Monate vor der Bundestagswahl wird klar: Mit Rot-Grün ist Wachstum und Beschäftigung in NRW und ganz Deutschland nicht zu schaffen!

Wirtschaftspolitische Inkompetenz und „Aussitzen“ sind zum Markenzeichen der Regierungen in Düsseldorf und Berlin geworden. Die SPD-geführten Landes- und Bundesregierungen reduzieren das Wachstum. Die unionsgeführten Regierungen dagegen sichern Wachstum. Die vorliegende Bilanz 4 rot-

grüner Jahre in Berlin und Düsseldorf enthält wichtige wirtschaftliche Zahlen und Daten. Sie geben Aufschluss über den Schaden der Regierungen Schröder und Clement und die Erfolge Erwin Teufels in Baden-Württemberg und Edmund Stoibers in Bayern. Ein Beweis der Führungskraft und Kompetenz der Union.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen möchte Ihnen mit ihrem aktuellen **Wirtschaftspolitischen Vergleich** eine Argumentationsgrundlage zu den wichtigsten und prägnantesten Wirtschaftsdaten in den Ländern und im Bund zur Verfügung stellen. Ein Überblick zu den Fakten in den vier größten westdeutschen Bundesländern. Wir vergleichen die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik in

NRW und Niedersachsen mit der Situation in den unionsgeführten Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. Ein Überblick, der viel landespolitisches Versagen, aber auch bundespolitische Fehler von Rot-Grün belegt. Die Zahlen sprechen dabei eine deutliche Sprache.

Fazit: „Wir können Wachstum und Beschäftigung besser!“ und die Bürger werden am 22. September über die vorliegende Bilanz vier rot-grüner Jahre urteilen.

Düsseldorf im März 2002

Hartmut Schauerte MdB
Landesvorsitzender

Inhalt

1.) Wirtschaftswachstum

- a) Entwicklung des BIP in 2001 **5**
- b) Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 1995 bis 2000 **6**

2.) Arbeitsmarkt

- a) Arbeitslosenbestand
Dezember 2001 **7**
- b) Arbeitslosenquoten 2001 **8**
- c) Arbeitslosenquoten 2001
(Jahresdurchschnitt) **9**
- d) Offene Stellen **10**
- e) Arbeitslose Jugendliche
unter 25 Jahren
im Januar 2002 **11**
- f) Ausländerarbeitslosigkeit **12**
- g) Arbeitsbeschaffungs-
maßnahmen **13**

3.) Bildung- und Ausbildung

- a) Gemeldete Berufsausbildungsstellen 2001 **15**
- b) Ausbildungsplatzlücke 2001 **16**
- c) Ausgaben je Schüler in 1999 **17**

4.) Export

- a) Außenhandel nach Bundesländern in 2000 **18**

5.) Selbstständigkeit

- a) Gewerbean- und
-abmeldungen 2001 **19**
- b) Anzahl der Insolvenzen
1.-3. Quartal 2001 **20**
- c) Stimmungen und
Aussichten 2001 **20**

6.) Innovation und Technologie

- a) Gesamtzahl der Patentanmeldungen und Anteil
der Länder in 2000 **21**
- b) Patentanmeldungen
pro Einwohner in 2000 **22**

7.) Deutschland im Wettbewerb **23**

1.) Wirtschaftswachstum

a) Entwicklung des BIP in 2001

Das Erfolgskriterium einer Volkswirtschaft schlechthin ist das reale Wirtschaftswachstum. Dies gilt in besonderem Maße für eine exportorientierte Ökonomie wie die der Bundesrepublik Deutschland. Kein volkswirtschaftlicher Indikator hat eine solch wichtige Aussagefunktion für viele andere wirtschaftliche und politische Größen: Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Konsum sowie das Investitions- und Gründungsklima sind eng mit dieser Zahl verbunden.

Die Daten für 2001 geben einen erschreckenden Einblick in die miserable rot-grüne Wachstumsbilanz. Die Bundesländer Baden-Württemberg (1,3%)

und Bayern (0,9%) wuchsen in diesem Zeitraum gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ein Vielfaches gegenüber NRW (0,1%) und Niedersachsen (0,3%).

Sogar das kleine und strukturbelastete Saarland konnte unter der neuen CDU-Regierung aufholen und liegt mit 1,1% Wachstum des Bruttoinlandsproduktes weit vor Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegen damit weit unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Mit 0,7% liegt dieser Wert weit über dem der beiden rot-grünen Länder.

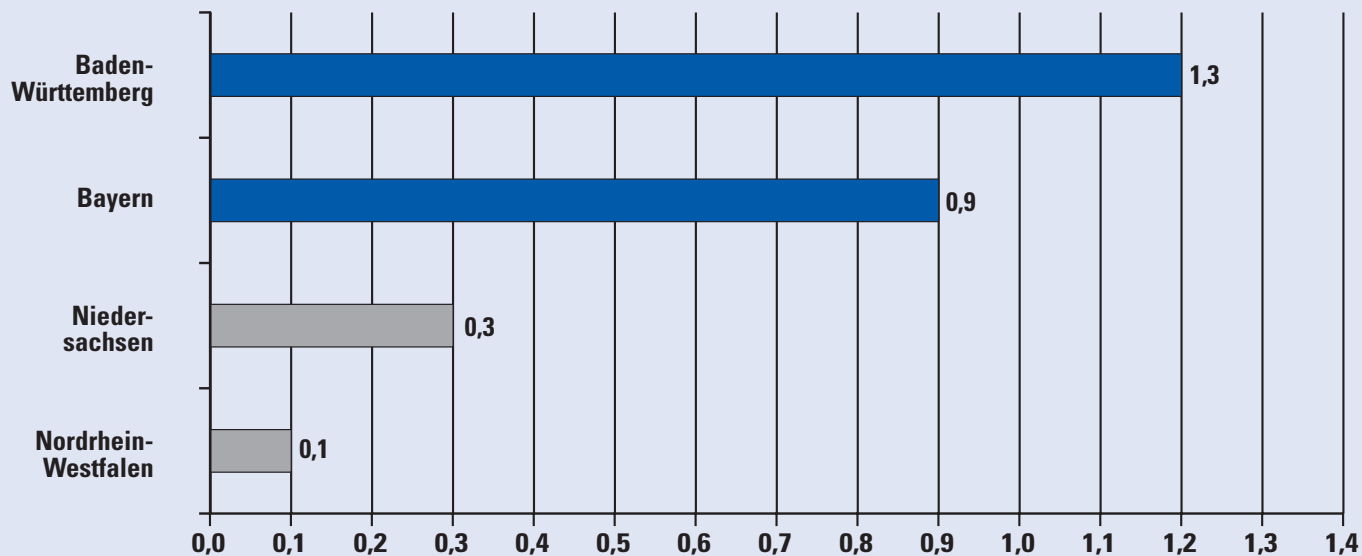
Und dieser Trend setzt sich auch bei der Betrachtung aller Bundesländer fort. CDU-geführte Bundesländer haben im Schnitt ein Wachstum von 1,0%, SPD-geführte von -0,35%*. Das ist der

Unterschied zwischen Rezession und Wachstum. Es beweist, dass kluge Wirtschaftspolitik trotz Konjunkturschwäche etwas leisten kann und dass weltwirtschaftliche Entwicklungen nicht an allem schuld sind.

Auch der Ausblick für 2002 ist trüb. Das DIW schätzt das gesamtdeutsche Wachstum auf 0,6%. In 2001 gab es in NRW nur 0,1% reales Wirtschaftswachstum. Das ist „Nullwachstum“, also Stagnation und für 2002 droht in NRW reale Rezession unter Rot-Grün.

**Eigene Berechnungen, große Koalitionen zugunsten der den Ministerpräsident/Regierenden BM stellenden Partei gerechnet .*

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in 2001 gegenüber dem Vorjahr in % (in Preisen von 1995)

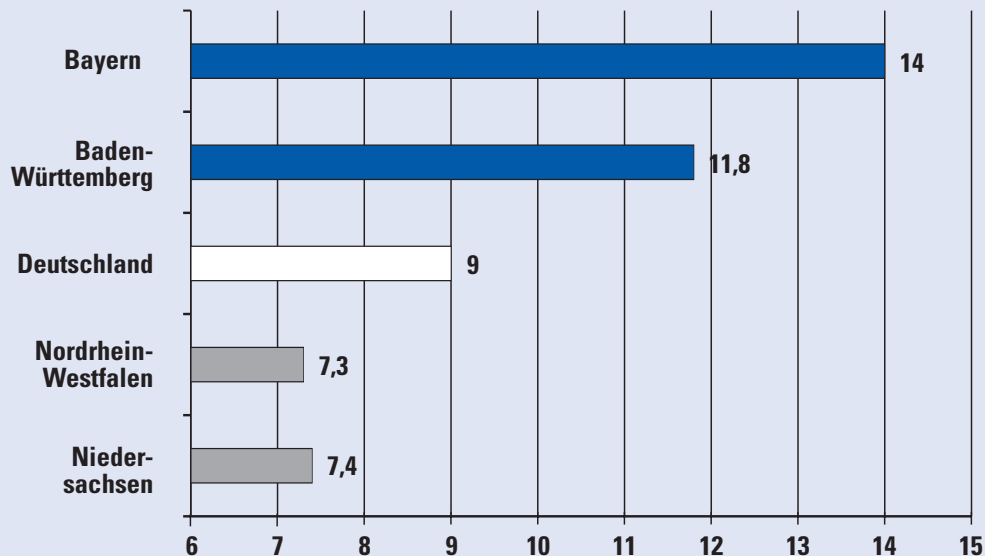


b) Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 1995 bis 2000

Wirtschaftspolitisches Versagen ist ein Markenzeichen von Rot-Grün. Es ist dort ein langfristiger Trend, wo Sozialdemokraten und Grüne regieren.

Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg* war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in NRW und Niedersachsen von 1995 bis 2000 kaum halb so hoch wie in Bayern. NRW ist ein halbes Jahrzehnt im Rückstand, fünf verspielte Jahre für die Bürger in NRW.

*Materialien und Berichte: Monitor Baden-Württemberg, Heft 29, Stuttgart 2001.

Prozentualer Anstieg des BIP von 1995 bis 2000 (in Preisen von 1995)

2.) Arbeitsmarkt

a) Arbeitslosenbestand Dezember 2001

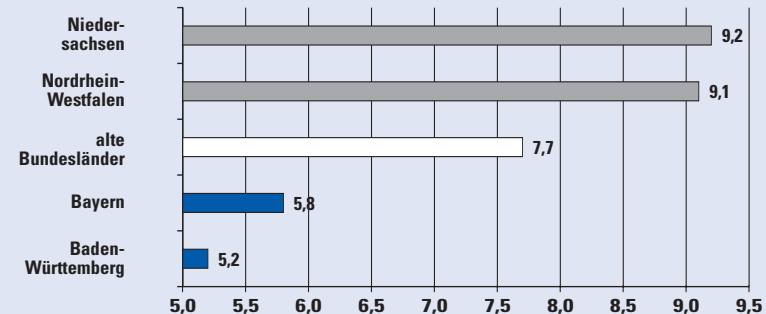
Für den nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt war 2001 kein erfolgreiches Jahr und auch in den ersten Monaten des neuen Jahres geht es weiter bergab. 798.000 Menschen in NRW erlebten das Weihnachtsfest in der Arbeitslosigkeit. Das waren mit 9,1% knapp 50.000 mehr als im Dezember 2000. Die Quote stieg damit abermals um 0,4%.

Im neuen Jahr wirken sich die anfängliche Tatenlosigkeit der Bundesregierung und die versäumte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch Rot-Grün weiter negativ aus. Schon im ersten Monat durchbrach die Arbeitslosenquote die 4-Millionen-Schwelle und liegt nun

mit 4.289.000 bei 10,4%. Alleine in Nordrhein-Westfalen wurden 39.016 Menschen mehr arbeitslos gemeldet und die Quote betrug 9,5%. Keine Empfehlung für den Wirtschaftsstandort NRW. Trotz

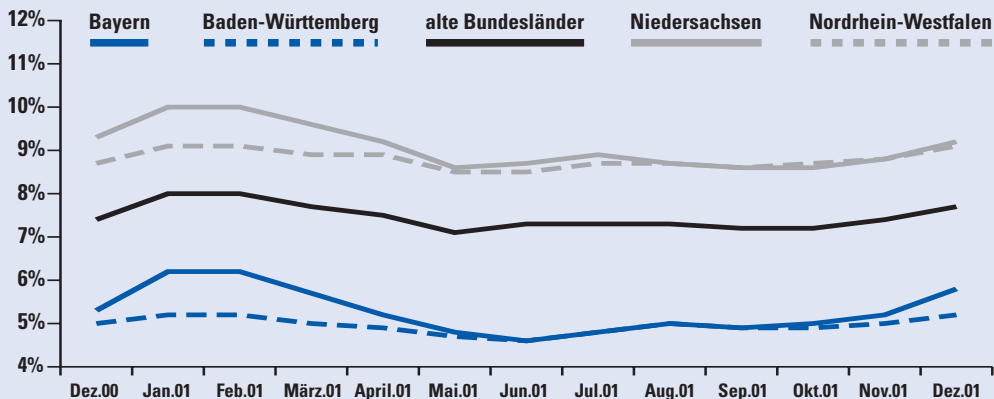
großer Potentiale bleiben NRW und Niedersachsen die Schlusslichter der westlichen Flächenländer, eine schlimme Folge jahrzehntelanger sozialdemokratischer Politik.

Arbeitslosenquoten (in %) bezogen auf alle Erwerbspersonen im Dezember 2001



8

Arbeitslosenquoten im Jahr 2001 (Ländervergleich)



Bayern	5,3 %	6,2 %	6,2 %	5,7 %	5,2 %	4,8 %	4,6 %	4,8 %	5,0 %	4,9 %	5,0 %	5,2 %	5,8 %
Baden-Württemberg	5,0 %	5,2 %	5,2 %	5,0 %	4,9 %	4,7 %	4,6 %	4,8 %	5,0 %	4,9 %	4,9 %	5,0 %	5,2 %
alte Bundesländer	7,4 %	8,0 %	8,0 %	7,7 %	7,5 %	7,1 %	7,1 %	7,3 %	7,3 %	7,2 %	7,2 %	7,4 %	7,7 %
Niedersachsen	9,3 %	10,0 %	10,0 %	9,6 %	9,2 %	8,6 %	8,7 %	8,9 %	8,7 %	8,6 %	8,6 %	8,8 %	9,2 %
Nordrhein-Westfalen	8,7 %	9,1 %	9,1 %	8,9 %	8,9 %	8,5 %	8,5 %	8,7 %	8,7 %	8,6 %	8,7 %	8,8 %	9,1 %

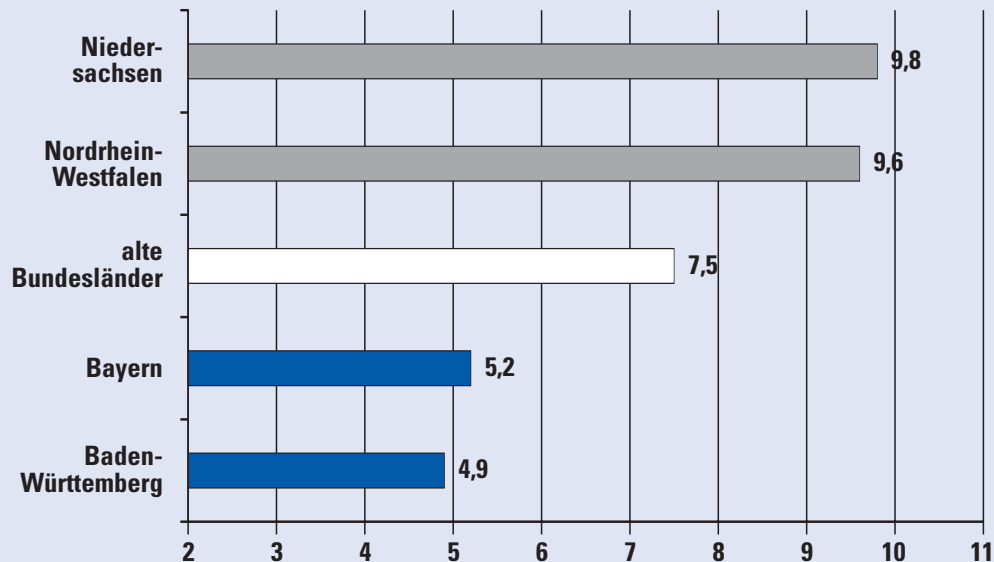
b) Arbeitslosenquoten 2001:

Kein Aufholen für NRW in Sicht

Im Jahr 2000 vergab die rot-grüne Regierung unter Clement die Chance beim Abbau der Arbeitslosigkeit mitzuhalten und 2001 war man Rekordhalter bei den Arbeitslosenquoten. NRW war nicht in der Lage gegenüber den unionsregierten Bundesländern Boden gut zu machen. Weiterhin bleibt die Joboase in Baden-Württemberg und Bayern. NRW bleibt Beschäftigungswüste.

c) Arbeitslosenquoten 2001 (Jahresdurchschnitt)

Hohe Arbeitslosenquoten sind ein trauriges Markenzeichen sozialdemokratisch regierter Bundesländer geworden. Dazu trägt auch das anhaltend ge-

Arbeitslosenquoten Jahresdurchschnitt 2001 (bezogen auf alle Erwerbspersonen, in %)

ringere Wachstum bei. Für den Wirtschafts- und Mittelstandsstandort NRW jedenfalls hat Rot-Grün bisher nichts Verbesserendes getan. Das zeigt auch die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr.

Die Rote Laterne der westdeutschen Länder bleibt in Sachen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei NRW (9,6%) und Niedersachsen (9,8%), während Bayern (5,2%) und Baden-Württemberg (4,9%) ihre ökonomischen Hausaufgaben gemacht haben.

d) Offene Stellen

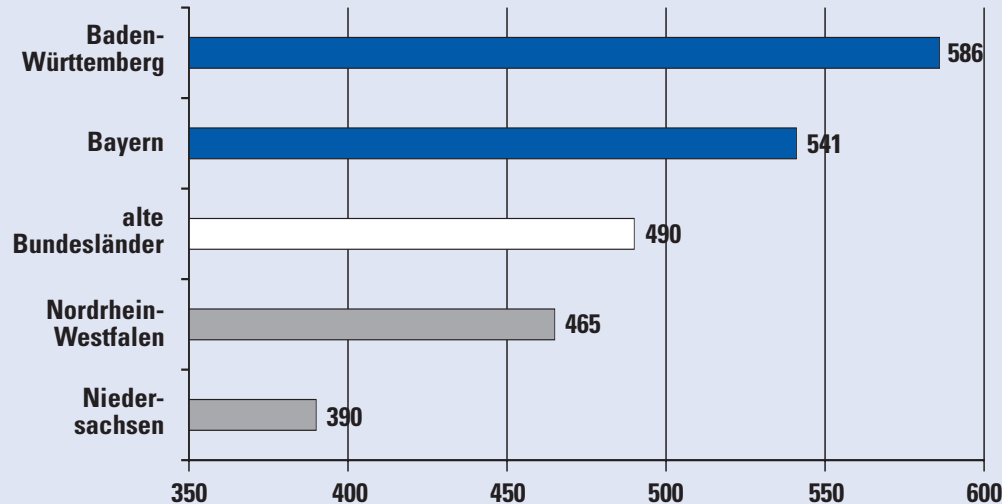
Natürlich reflektiert die schlechte Lage am Arbeitsmarkt in der Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Weit hinter den unionsgeführten Bundesländern

10

dümpeln NRW und Niedersachsen unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder und machen ihrem Ruf als „Länder der verpassten Chancen“ alle Ehre. Dabei ist dieser Abstand für viele Arbeitslose die entscheidende Größe zwischen Vermittlung und Langzeitarbeitslosigkeit. Mit fast 700 Stellen pro 100.000 Einwohner* werden in Baden-Württemberg den Arbeitslosen fast doppelt so viele Arbeitsplätze angeboten wie in Niedersachsen (390 Stellen/100.000 Einwohner). Deutlich weniger offene Stellen für Arbeitssuchende ist das Fazit des miserablen Arbeitsmarktes unter Sozialdemokraten.

*Eigene Berechnungen, basierend auf Einwohnerzahlen aus 2000.

**Bestand der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen pro 100.000 Einwohner
(Dezember 2001)**



e) Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Schon der Start in den Arbeitsmarkt fällt jungen Menschen in Bayern und Baden-Württemberg leichter als in NRW und Niedersachsen. Allein in Nordrhein-Westfalen waren im Januar diesen Jahres 97.585 unter 25-jährige Jugendliche und junge Erwachsene arbeitslos.

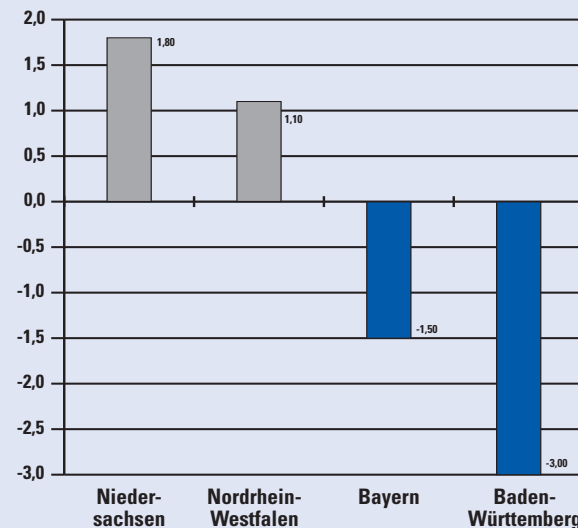
Kein vielversprechender Start in die Zukunft und ein erfolgreiches Berufsleben.

Im Vergleich zeigt sich die Bilanz für Rot-Grün: Unterdurchschnittliche Politik heißt überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit für die Jungen im Land.

Die Jugendarbeitslosigkeit unter 25 Jahren lag im Januar 2002 bei 8,5% in den westdeutschen Bundesländern.

Die unionsgeführten Länder Bayern (7,0%) und Baden-Württemberg (5,5%) lagen deutlich unter diesem Schnitt während in NRW (9,6%) und in Niedersachsen (10,3%) erheblich mehr als dieser Schnitt registriert wurden. Um es zu verdeutlichen: Würde die Regierungspolitik in NRW eine ebenso erfolgreiche Politik wie in Baden-Württemberg machen und den 4,1%-Abstand aufholen, so wären dies fast 42.000 arbeitslose Jugendliche in NRW weniger. 42.000 Argumente gegen Rot-Grün!

Arbeitslosenquote bei Jugendlichen unter 25 Jahren (Januar 2002) Abweichung vom Westdeutschen Durchschnitt (8,5%) in Prozent

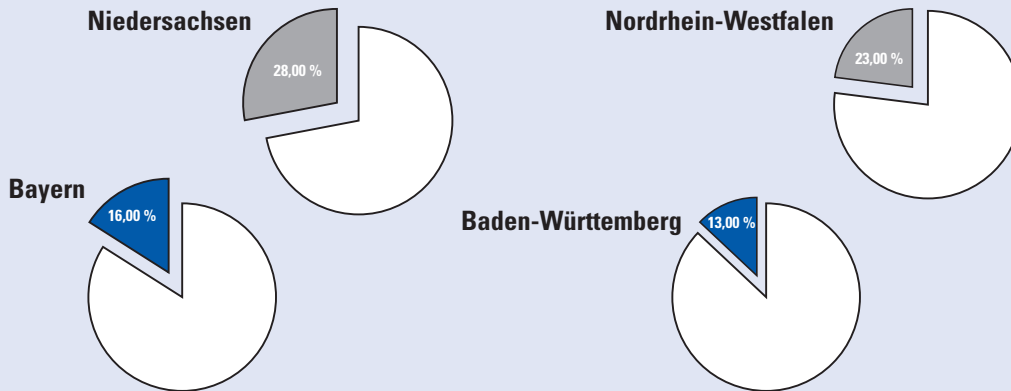


f) Ausländerarbeitslosigkeit

Eines der größten Probleme auf dem Arbeitsmarkt ist die enorm hohe Ausländerarbeitslosigkeit. Integration

bedeutet für die CDU auch Integration auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Das heißt: Eine vernünftige Wirtschaftspolitik legt Wert auf gut qualifizierte aus-

ländische Arbeitsnehmer, ohne den eigenen Jobmarkt übermäßig zu belasten. Dabei kann eine besonnene Zuwanderungspolitik den ausländischen Menschen oft mehr helfen als übermäßige Versprechungen. Versprechungen, die in NRW und Niedersachsen nicht gehalten werden. Gerade in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik sollten anhand solch hoher Quoten der Ausländerarbeitslosigkeit in ihrer Verantwortung Sozialdemokraten und Grüne weniger vollmundig argumentieren.

Arbeitslosenquoten bei Ausländern (Januar 2002)**g) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 2001**

Wird man mit dem eigenen Arbeitsmarkt nicht fertig, so flüchtet man

sich in staatlich geförderte Arbeitsverhältnisse, sogenannte ABM. Die schlechten Arbeitsmarktzahlen in NRW und Niedersachsen drücken die miserable Lage zutreffend aus. Doch ohne staatliche Mittel, die in diesen zweiten, künstlichen Arbeitsmarkt gepumpt werden, sähe es weit düsterer aus.

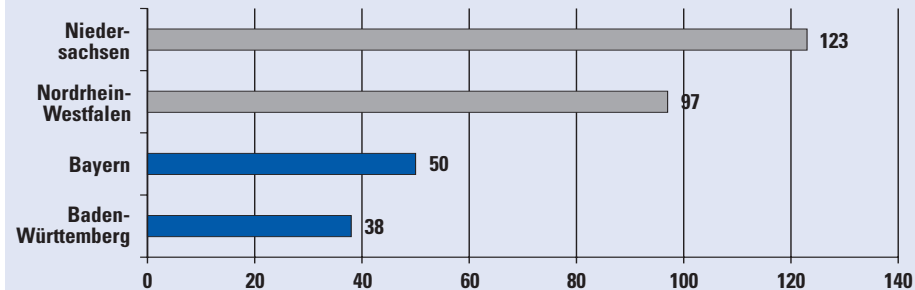
Statt ABM als ergänzende Hilfestellung bei besonderen Problemlagen Arbeitsloser einzusetzen, wird flächendeckend Arbeit subventioniert, um die Zahlen zu drücken. Steuergeld, das zum Teil sinnvoller in Strukturanpassungsmaßnahmen investiert wäre.

Auch dies hätte seine Beschäftigungseffekte und würde uns im Standortwettbewerb fit machen. 17.463 solcher staatlich geförderten Beschäfti-

gungsverhältnisse gab es in 2001 in NRW. Fast drei mal so viel wie in Bayern und vier bis fünf mal so viel wie in Baden-Württemberg. Hohe Kosten für

zeitlich beschränkte, staatlich subventionierte Arbeit. Jedenfalls kein dauerhafter Ersatz für gute Wachstums- und Beschäftigungspolitik.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Jahr 2001 (pro 100.000 Einwohner)



3.) Bildung und Ausbildung

Die Köpfe unserer Kinder sind unser größtes Kapital. **Der Wirtschaftspolitische Vergleich** der MIT NRW will künftig nicht nur die aktuellen Indikatoren der Wachstums, sondern auch die Chancen für die nächsten Generationen beleuchten. Und dabei sieht es düster aus. Trotz vollmundiger Ankündigungen, NRW zum High-Tech-Standort zu machen, bleiben Bildung und Ausbildung in NRW ein Stiefkind der Landespolitik. Kostspielig Experimente und Modelle sind das Einzige, was man an unseren Kindern - kommenden Arbeitnehmern und -gebern - ausprobiert. Wer in die Bildung unserer Kinder nicht investiert, verspielt deren Zukunftschancen.

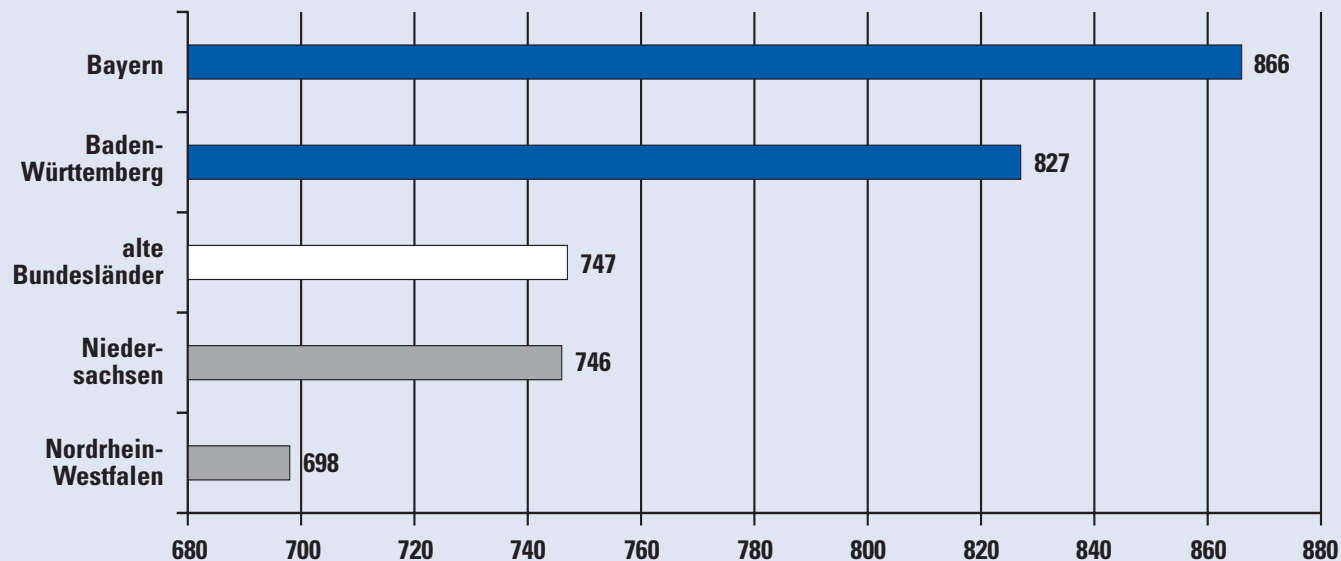
a) Gemeldete Berufsausbildungsstellen 2001

Keine Rede von einer Ausbildungs-offensive in NRW konnte in 2001 sein. Entgegen den Selbstbeweihräucherungen der Landesregierung war sogar ein klares Absacken gegenüber der Ausbildungslage in anderen Bundesländern zu verzeichnen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Hatte schon in unserem letzten Wirtschaftspolitischen Vergleich (2000) Bayern mit 820 Ausbildungsstellen pro 100.000 Einwohnern klar die Liga der Bundesländer angeführt, so konnten sie im Berichtsjahr 2001 (Oktober 2000 bis September 2001) noch einmal deutlich auf 866 Ausbildungsstellen zulegen. Auch Baden-Württemberg erhöhte auf einen Wert von 827. Versagt

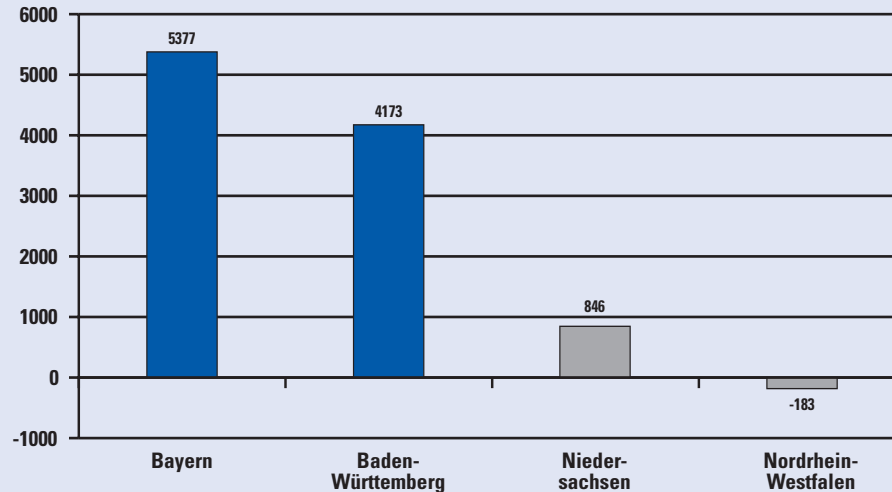
dagegen haben einmal mehr die sozialdemokratisch geführten Bundesländer: Niedersachsen und NRW hatten einen Rückgang bei den Ausbildungsstellen pro 100.000 Einwohner zu verzeichnen und verlieren damit als Ausbildungsland zunehmend an Boden. Die Realitäten überholen Rot-Grün.

*Einwohnerstand 2000, Stichtag 30. September 2001 (= Ende des Berichtsjahres der gemeldeten Berufsausbildungsstellen)

Gemeldete Berufsausbildungsstellen pro 100.000 Einwohner, September 2001*



Saldo aus nicht besetzten Ausbildungsplätzen und nicht vermittelten Bewerbern, September 2001



b) Ausbildungsplatzlücke 2001

Keine gute Bilanz für Rot-Grün auch wenn man den Saldo der nicht besetzten Ausbildungsstellen mit der Anzahl der nicht vermittelten Bewerber errechnet.

In Bayern und Baden-Württemberg konnten die unionsgeführten Landesregierungen massiv überschüssige Ausbildungsstellen vorweisen.

In Bayern gab es 5.377 mehr Stellen als nicht vermittelte Bewerber. In Baden-Württemberg waren es 4.173. Niedersachsen dümpelt trotz entspannter Ausbildungslage bei 846 und NRW versagt mit einem Minus von 183 Stellen auf ganzer Linie.

Verschlechtert sich die Ausbildungsplatzlage, so werden in NRW wie-

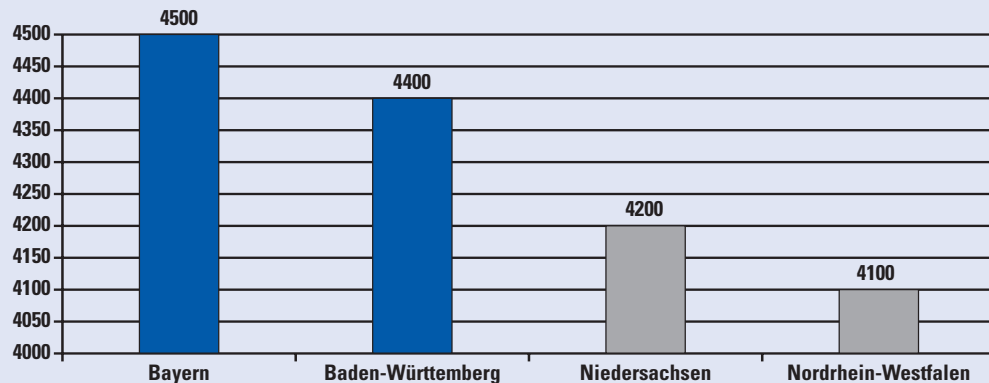
der Jugendliche ohne Chance auf einen Beruf dastehen. Angehende Azubis in NRW haben dies nicht verdient.

c) Ausgaben für Schüler in 1999

„Pisa sei Dank“ wird endlich in Deutschland auch Bildungspolitik als Standortfaktor diskutiert. Das Humankapital Deutschlands wird zunehmend als Wettbewerbselement mit unseren Nachbarn gesehen und hier gibt es offensichtlich viel zu tun.

Auch der Wirtschaftspolitische Vergleich will diese ökonomische Bedeutung einer wettbewerbsfähigen Bildungsgesellschaft nicht ignorieren. Wieder einmal zeigt sich, dass rot-grüne Politik in einem wichtigen politischen Themenfeld nicht konkurrenzfähig ist. Es

Ausgaben je Schüler in 1999 in €



wird deutlich, dass in unionsgeführten Ländern Bildung den Regierungen mehr Wert ist. Mit 4.500 € pro Schüler führt Bayern klar die Liste der Bildungsländer

an und NRW ist mal wieder Schlusslicht. Das ist die Bildungslücke à la Behler in Zahlen.

4.) Exporte

„Die Ausfuhr ist die Stütze unserer Konjunktur“ – eine Tatsache, die lange Zeit Deutschlands Erfolg als Wirtschaftsnation absicherte. Rot-Grüne

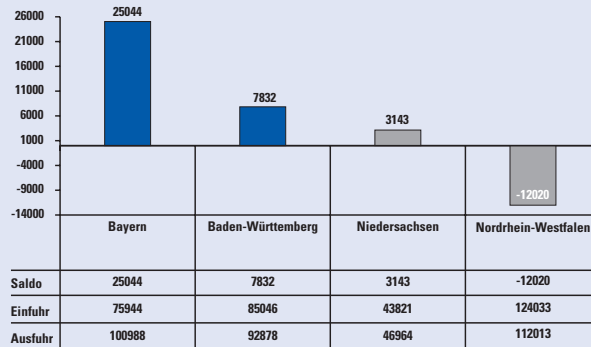
Politik baute immer darauf, dass trotz der vielen Standortbeschädigungsgesetze dieser Regierung die Güterausfuhr die Wirtschaft stabilisieren würde. Dabei vertraut man auf die ruhige Hand sowie die ökonomischen und währungspolitischen Fähigkeiten unserer Handelspartner in Übersee und Europa. Aber auch Export muss erarbeitet werden, sonst bricht auch diese Stütze der heimischen Industrie weiterhin weg.

fürten Bundesländer für die Stabilität der guten Außenhandelsbilanz zuständig.

NRW jedenfalls trägt nicht dazu bei: Ein negativer Außenhandelssaldo ist keine Empfehlung für die rot-grüne Politik. Exporten im Wert von 112 Mrd. Euro standen Einfuhren von 124 Mrd. Euro gegenüber. Baden-Württemberg und Bayern dagegen machen deutliche Überschüsse. Bayern liegt mit 8 Mrd. € im Plus und Baden-Württemberg exportierte mit 100 Mrd. Euro ein Viertel mehr als es importieren musste (75 Mrd. €). Nachsitzen für Clement in Sachen Außenhandelsstatistik.

Einfuhr - Generalhandel, Ausfuhr - Spezialhandel

Exportsaldo 2000 nach Ländern in Mio. Euro

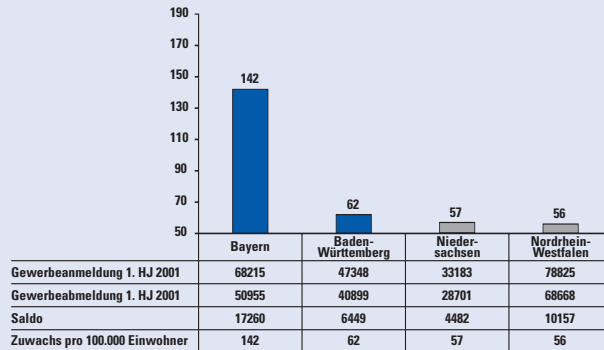


a) Außenhandel Deutschlands nach Bundesländern in 2000

Man sollte sich über gute Exportquoten freuen, solange man sie noch hat. In NRW gibt es dabei leider nur wenig Grund zu Frohsinn. Denn in Deutschland sind wieder einmal die unionsge-

5.) Selbstständigkeit in den Ländern 2001

Gewerbean- und abmeldungen, Saldo pro 100.000 Einwohner, 1. HJ 2001



„Selbstständigkeit und Wachstum schaffen Arbeitsplätze.“ Eine alte Weisheit, die anscheinend in rot-grünen Ländern noch gepredigt werden muss. Ministerpräsident Clement sieht es offensichtlich, aber handelt nicht. Er selbst stellte im Februar 2002 fest, dass NRW an Tempo verloren habe und die Selbstständigquote gerade mal noch 9 Prozent betrage. Erkenntnisse, die es umzusetzen gilt - Entwicklungen, die es aufzuhalten gilt. Doch nichts geschieht.

a) Gewerbean- und abmeldungen 2001

Ein stabiles Gründungsklima braucht Deutschland und Bayern macht es einmal wieder vor. Wichtiger als viele Gewerbeanmeldungen ist dabei die Zahl

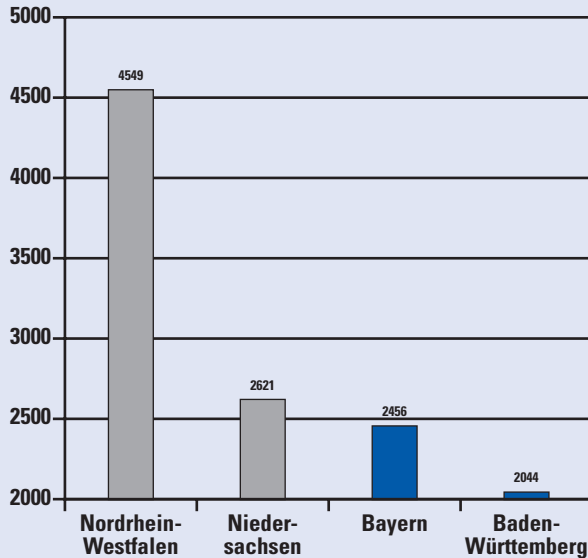
derjenigen, die die Gründungsphase überleben. NRW hat dabei eine rekordverdächtige Pleitenwelle zu bieten, die sich im Saldo der An- und Abmeldungen von Gewerben ausdrückt. Pro 100.000 Einwohner gab es in NRW gerade einmal ein Plus von 56. In Bayern waren dies 141.

b) Anzahl der Insolvenzen 2001

Alleine bis Ende Oktober des vergangenen Jahres standen in NRW mit 4.549 eröffneten Insolvenzverfahren fast doppelt so viele Unternehmen vor der Pleite wie in Bayern. Dabei entstanden Forderungen von über 9 Milliarden DM. Der volkswirtschaftliche Schaden liegt

Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen,
Einwohnerzahlen vom 01.01.2001

20

Gesamtzahl der Insolvenzen, Jan.- Okt. 2001

aber noch weit höher. Steuerausfälle, fast 40.000 direkt betroffene - nun ehemalige - Arbeitnehmer und die folgenden Sozialtransfers kommen noch hinzu.

Der Verband Creditreform rechnet deutschlandweit in 2001 mit 50.000 Pleiten und Rot-Grün in NRW trägt kräftig dazu bei. Blieben die Insolvenzen bis 1998 in etwa stabil, so steigern sie sich seit Rot-Grün im Bund um durchschnittlich 20% per annum: Schröder der Pleitekanzler und Clement sein Steigbügelhalter.

c) Stimmungen und Aussichten 2001

Hohe Selbstständigkeitsquoten sind nur dann zu erwarten, wenn die Menschen Zuversicht haben und Chancen sehen. Im Global Entrepreneurship Mo-

nitor (GEM) 2001 untersuchten Wissenschaftler unter Leitung von Prof. Rolf Sternberg von der Uni Köln für die Zeitschrift *impulse* den Glauben der Menschen an den Erfolg eines Start-Ups in ihrem Bundesland. Zuversicht gibt es ehesten in den Unionsländern Saarland und der Hansestadt Hamburg. Die Frage: „Werden sich in den nächsten 6 Monaten in der Region in der Sie leben, gute Möglichkeiten für eine Unternehmensgründung ergeben?“ bejahten dort 39,8%, bzw. 29,2%. Bayern und Baden-Württemberg lagen bei dieser Frage mit 28% und 27,5% auch diesmal vor NRW (26,1%) und Niedersachsen (19,8%).

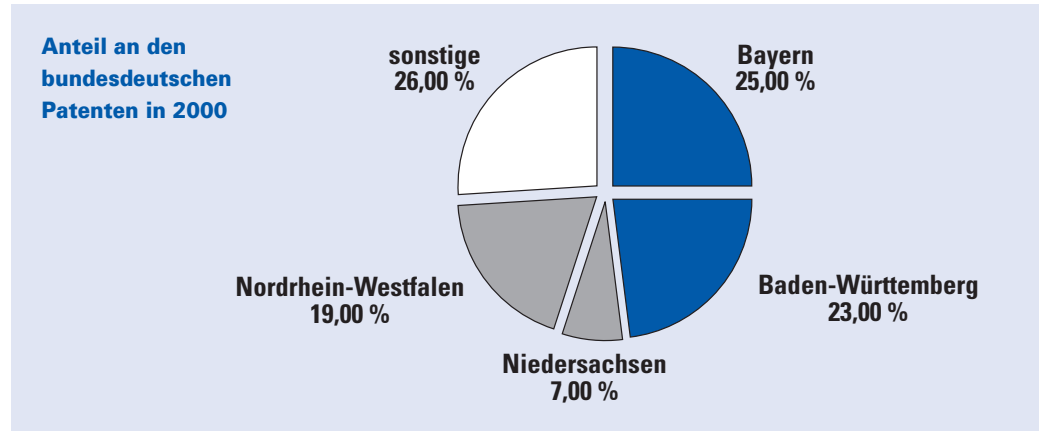
Zuversicht als Grundvoraussetzung für unternehmerischen Mut: Rot-Grün schreckt ab.

6.) Innovation und Technologie

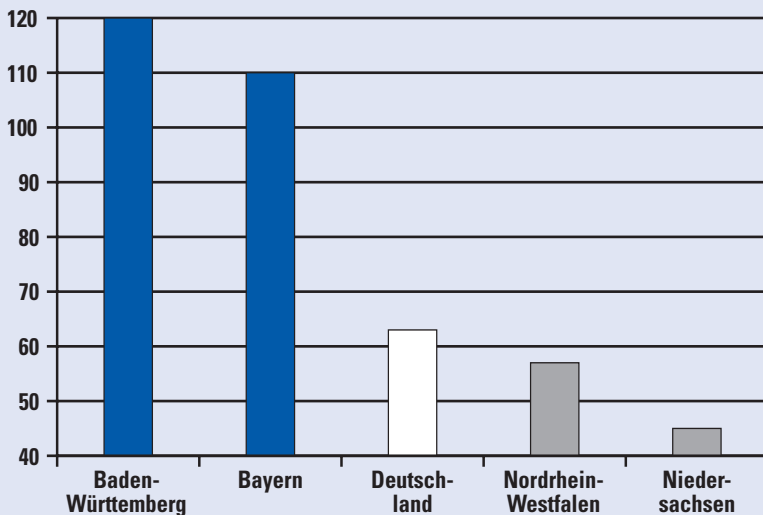
Ideen sind Kapital und damit eine wichtige Triebfeder für eine boomende Wirtschaft und einen gesunden ökonomischen Standort. Regierungen können auch das Klima für Ideen und Erfindungen beeinflussen, indem sie Rahmenbedingungen bieten, die Unternehmer ermutigen und Forscher fördern.

a) Gesamtzahl der Patentanmeldungen und Anteil der Länder in 2000

Der Jahresbericht des Deutschen Patent- und Markenamtes (DPMA) verzeichnete in 2000 53.521 Patentanmeldungen. Davon kamen alleine 13.301 aus Bayern und 12.486 aus Baden-Württemberg. Dies sind fast die Hälfte aller deutschen Patente im Jahr 2000. Beeindruckende Zahlen, aber keine Eintagsfliegen im Süden, denn schon in 1998 und 1999 konnten die beiden Unionsländer gemeinsam fast 50% erreichen und die Zahlen jährlich steigern. Das größte Bundesland NRW rangiert deutlich dahinter. Hier rächt sich fehlender Strukturwandel und mittelmäßige Bildungspolitik.



22

Anzahl der Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner in 2000 nach Ländern**b) Patentanmeldungen pro Einwohner in 2000**

Nach Bevölkerungszahl deklassieren dann die schwarzen Bundesländer Rot-Grün regelrecht in Sachen Innovation: In 2000 110 (Bayern), respektive 120 (Baden-Württemberg) Patente pro 100.000 Einwohner gegenüber 57 in NRW und 45 in Niedersachsen. Wenig Output für ein so großes Land mit so vielen Potentialen.

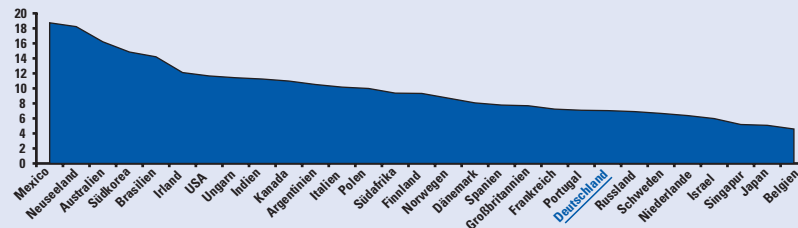
7.) Deutschland im Wettbewerb

Es zeigt sich: Politik kann Rahmenbedingungen so setzen, dass Wirtschaft prosperiert. Der innerdeutsche Vergleich der 4 größten Bundesländer beweist es. Ob aktuelle Arbeitsmarktzahlen oder Aspekte der Zukunftsfähigkeit in verschiedenen Bundesländern - gemeint sind Bildung, Forschung, Innovation und unternehmerische Zuversicht - die Union zeigt, wie man es machen kann.

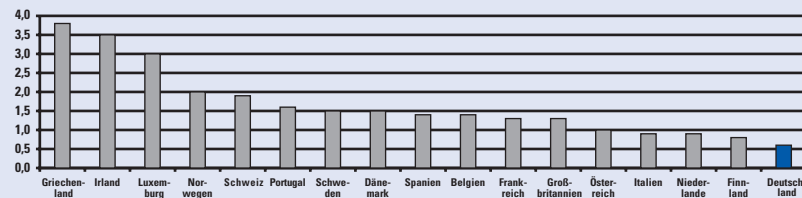
Rot-Grün in den Ländern versagt. Rot-Grün im Bund macht den Standort Deutschland zum Schlusslicht in Europa und zum Mittelmaß in der Welt. Es ist höchste Zeit für eine neue Politik für Wachstum und Beschäftigung.

23

Gründerquoten im internationalen Vergleich 2001



Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Prognose 2002 für Europa des DIW



Quellen

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
Bayerisches Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Bundesanstalt für Arbeit
DIW: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003
Global Entrepreneurship Monitor
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen
Niedersächsisches Landesamt für Statistik
Statistisches Bundesamt
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Verband Creditreform

Links

www.arbeitsamt.de
www.bayern.de
www.creditreform.de
www.destatis.de
www.lds.nrw.de
www.nls.niedersachsen.de
www.statistik-bw.de
www.statistik-bw.de/VolkswPreise/ArbeitskreisVGR

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf
Klaus Fenske, Stefan Simmnacher